

d'un accord de libre-échange, qui est évidemment important, entre l'Inde et l'AELE que cette proposition de l'Inde a été faite à la Suisse. Je renonce à reprendre tous les éléments, vu qu'il n'y a aucune opposition de votre part. Je vous remercie de votre soutien.

C'est un accord qui est favorable aux deux pays. Il règle un problème qui peut être important pour quelques personnes: c'est un nombre relativement restreint de Suisses, en fait 800, qui seraient concernés par une telle convention.

J'aimerais juste rappeler le contexte général des accords internationaux pour dire que la Suisse a une position relativement réticente face aux demandes de nouvelles conventions. Normalement les débats en matière de sécurité sociale portant sur la réduction des coûts nous ont menés à redéfinir notre politique d'accords internationaux, à établir des critères rigoureux pour la conclusion de nouvelles conventions. Nous sommes seulement disposés à examiner la conclusion d'une convention globale, donc toutes les questions qui touchent à l'assujettissement, à l'exportation des rentes, etc. lorsqu'un grand nombre de ressortissants suisses sont concernés ou si l'accord apporte des avantages importants. Cette position s'explique aussi par le fait que la Suisse a déjà un très grand réseau d'accords et qu'on n'a pas besoin au fond de l'étendre encore beaucoup.

La situation avec l'Inde incitait toutefois à conclure un tel accord – un accord limité toutefois, mais un accord quand même – dans la mesure où l'importance des relations, notamment en termes de partenariat commercial ou en termes d'investissements, entre nos deux pays est très importante et en croissance.

Nous vous demandons de bien vouloir entrer en matière et d'adopter l'arrêté en question.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und Indien über soziale Sicherheit

Arrêté fédéral portant approbation de la Convention de sécurité sociale entre la Suisse et l'Inde

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes ... 24 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

06.476

Parlamentarische Initiative Fasel Hugo.

Ein Kind, eine Zulage

Initiative parlementaire

Fasel Hugo.

Un enfant, une allocation

Zweitrat – Deuxième Conseil

Einreichungsdatum 06.12.06

Date de dépôt 06.12.06

Bericht SGK-NR 04.05.09 (BBI 2009 5991)

Rapport CSSS-CN 04.05.09 (FF 2009 5389)

Stellungnahme des Bundesrates 26.08.09 (BBI 2009 6009)

Avis du Conseil fédéral 26.08.09 (FF 2009 5407)

Nationalrat/Conseil national 10.12.09 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 03.03.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.03.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 16.03.10 (Differenzen – Divergences)

Antrag der Mehrheit

Nichteintreten

Antrag der Minderheit

(Egerszegi-Obrist, Fetz, Maury Pasquier, Schwaller, Sommaruga Simonetta)

Eintreten

Proposition de la majorité

Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité

(Egerszegi-Obrist, Fetz, Maury Pasquier, Schwaller, Sommaruga Simonetta)

Entrer en matière

Frick Bruno (CEg, SZ), für die Kommission: Ich lege Ihnen gerne die Gründe der Kommissionsmehrheit dar, auf diese Initiative nicht einzutreten. Was will die Initiative? Sie will das Familienzulagengesetz so ändern, dass neu alle Selbstständigerwerbenden dem Gesetz unterstellt sind. Sie segelt unter dem Titel «Ein Kind, eine Zulage». Ihre Kommission lehnte mit 7 zu 4 Stimmen ab, auf diese Vorlage einzutreten. Nun, o wundersame Vermehrung der Ständeräte, sehe ich bei der Minderheit auf der Fahne plötzlich fünf Mitglieder. Wie das bei der Sitzung abwesende Mitglied noch dazugekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis, aber es gibt zum Glück immer noch eine Mehrheit für Nichteintreten. Es waren in der Kommission nur vier Stimmen dagegen, auf der Fahne sind es fünf geworden.

Die Kommission lehnte aus zwei Gründen ab, auf diese Initiative einzutreten. Zum Ersten ist dieses Gesetz erst seit dem 1. Januar 2009 in Kraft, und die demokratischen Regeln verbieten es nach Auffassung der Mehrheit, bereits wenige Monate nach Inkrafttreten eines Gesetzes das Gesetz in einem wesentlichen Punkt zu ändern, so, wie es der Nationalrat beschlossen hat. Zum Zweiten haben die Kantone bereits die Kompetenz, die Selbstständigerwerbenden zu unterstellen, wenn sie dies möchten.

Lassen Sie mich diese beiden Gründe kurz vertiefen. Zum ersten Grund: Wie erwähnt, ist das Gesetz erst seit dem 1. Januar 2009 in Kraft. In den Beratungen in den Jahren 2005 und 2006 war die Frage, ob Selbstständigerwerbende dem Gesetz zu unterstellen sind, einer der Hauptstreitpunkte. Der Nationalrat wollte die Selbstständigerwerbenden unterstellen, unser Rat hat es abgelehnt. Schliesslich haben wir uns auf den Kompromiss geeinigt, dass die Selbstständigerwerbenden nicht durch die schweizerische Regelung unterstellt sind, aber dass die Kantone es tun können. Mit diesem Beschluss ging das Gesetz nach dem Ergreifen des Referendums schliesslich in die Volksabstimmung. Das Schweizer-

volk hat der Regelung mit rund 60 Prozent Jastimmen zugestimmt.

Es befremdete die Kommissionsmehrheit, dass die nationalrätliche Kommission bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes beschlossen hatte, die Regelung zu diesem Kernpunkt zu revidieren und alle Selbstständigerwerbenden dem Gesetz zu unterstellen. Unserer Auffassung nach ist das nach demokratischen Regeln nicht zulässig. Wir haben diese Regeln auch bei der Beratung des biometrischen Passes am Montagabend befolgt. Es geht nicht an, ein Gesetz, das vom Volk genehmigt worden ist, bereits nach wenigen Monaten in wesentlichen Punkten einer Änderung zu unterziehen. So dürfen wir mit demokratischen Entscheiden nicht umgehen, so verlieren die eidgenössischen Räte das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Es ist ein zentraler Punkt, der hier geändert werden soll; die demokratischen Regeln und der Respekt vor der demokratischen Willensbildung verbieten dies.

Der zweite Grund ist die Kompetenz der Kantone. Es ist bereits heute im Gesetz vorgesehen, dass die Kantone die Selbstständigerwerbenden dem Gesetz unterstellen können. Dreizehn Kantone haben davon Gebrauch gemacht, eine ganze Reihe davon erst im letzten Jahr, kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes. Es liegt also in der Freiheit der Kantone zu entscheiden, ob und in welchem Ausmass sie die Selbstständigerwerbenden dem Gesetz unterstellen. Das ist eine gute föderalistische Regelung. Lassen wir die Kantone die Entscheidung treffen. Es ist sachlich gesehen absolut nicht notwendig, dass der Bund in diese Kompetenz der Kantone eingreift, in eine Regelung, die wir vor Kurzem gesetzt haben und die erst seit einem Jahr in Kraft ist.

Aus diesen beiden Gründen bitte ich Sie namens der Kommissionsmehrheit, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Würden Sie wider Erwarten Eintreten beschliessen, müsste die Vorlage zurück an die Kommission, und dann müssten wir die Regeln, die der Nationalrat gesetzt hat, nochmals überprüfen. Es stünde der Kommission dann selbstverständlich frei, Änderungen zu beschliessen. In der Kommission wurde vor allem geäussert, dass die unbeschränkte Unterstellung der Selbstständigerwerbenden, ohne Begrenzung des Einkommens, korrigiert werden müsste. Wenn Selbstständigerwerbende unbeschränkt unterstellt wären, würde das nicht in erster Linie zu einer Rente für alle Kinder, sondern zu einer starken sozialen Umverteilung führen. Und das müssten wir im Rahmen des Gesetzes korrigieren.

Ich bitte Sie aber, uns mit diesem zweiten Arbeitsgang zu verschonen und auf den Entwurf nicht einzutreten.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG): Ich habe es von den letzten Debatten her noch gut in den Ohren: Es geht nicht, man kann das nicht; die Leute wünschen das überhaupt nicht; die Kantone können das ja selber machen, es ist auch in der Kompetenz der Kantone. Unter ganz viel Widerstand wurde damals das Familienzulagengesetz geschaffen. Es kam in die Volksabstimmung, und wider Erwarten wurde es sehr klar, mit über 60 Prozent, angenommen. Schon damals stellte sich die Frage, wen man dem Gesetz unterstellt, wer wie oder wo arbeitet, selbstständig oder angestellt. Nie zur Diskussion standen die Familienzulagen in der Landwirtschaft. Dort – es betrifft eigentlich auch Selbstständigerwerbende – richtet der Bund diese Zulagen aus. Sie waren ursprünglich an ein Einkommen gebunden, aber nachdem man dieses Familienzulagengesetz schon mal akzeptiert hatte, wurde das auch angepasst und nicht mehr an irgendwelche Auflagen gebunden. Die Bauern gelten in diesem Fall auch als Angestellte.

Weshalb wurde ein nationales Familienzulagengesetz überhaupt notwendig? Die Antwort ist ganz einfach: wegen der Mobilität der Bevölkerung, der Mobilität, die wir von den Leuten verlangen. In ganz vielen Fällen arbeitet der erwerbstätige Elternteil oder arbeiten beide Eltern nicht in dem Kanton, in dem sie wohnen. Wir sagen immer, bei jeder Gelegenheit: Es ist wichtig, einen Arbeitsplatz zu haben, und die Leute müssen die innere Flexibilität haben, auch ziem-

lich weite Wege in Kauf zu nehmen. Dann muss die Politik auch die Rahmenbedingungen entsprechend gestalten.

«Ein Kind, eine Zulage» wäre eigentlich eine ganz einfache Regelung. Wir haben das beim ersten Gesetz nicht geschafft. Jetzt wollen wir auf diese Nachbesserung nicht einmal eintreten. Aber wir können die Augen nicht davor verschliessen, dass seit der Einführung der Familienzulagen sechs weitere Kantone das angenommen haben. In der Kommission wollte die Minderheit die Kantone einladen, um zu hören, weshalb man das nachher eingeführt hat. Weil wir nicht eingetreten sind, konnten wir die Beratungen aber gar nicht weiterführen. Ich habe das dann selber nachgeholt. Es sind die Kantone Bern, Basel-Stadt, Nidwalden, Glarus, Waadt und Wallis, die nach den ersten sieben Kantonen ebenfalls die Selbstständigerwerbenden mit einbezogen haben. Man hat mir eine ganz klare Antwort gegeben.

Ein Punkt ist die Arbeitssituation. Die Arbeitslosigkeit führt dazu, dass ganz viele den Ausweg in die Selbstständigkeit suchen. Diese neuen Selbstständigerwerbenden sind keine Bertarellis; das ist ein Coiffeur, das ist ein Treuhänder. Warum sollen sie, die früher angestellt waren und jetzt versuchen, sich als Selbstständigerwerbende durchzubeissen, um diese Beiträge gebracht werden? Das war ein Punkt.

Ein anderer Punkt, den die Antwort enthielt, betraf aber auch ein gewisses Missbrauchspotenzial. Man hat festgestellt, dass Selbstständigerwerbende später dann zu einem kleinen Lohn ihre Frauen angestellt haben und so Familienzulagen erhalten. Das ist kein neues Phänomen, das kennen wir auch zum Beispiel in der dritten Säule. Es ist nicht gang und gäbe, aber es sind Tatsachen, die wir nicht einfach ausser Acht lassen können.

Ich habe vorhin gesagt, die Bertarellis seien rar. Meine Kinder haben sehr gute Ausbildungen, aber ich kann Ihnen einfach sagen: Junge Familien mit Kindern haben sich heute durchzubeissen, sie müssen sich die Kosten sehr gut aufteilen, und sie müssen die Lebensbewältigung ganz bewusst in Angriff nehmen. Ich kenne keine jungen Familien – wirklich keine, vielleicht verkehre ich in den falschen Kreisen –, die die Kinderzulagen nicht brauchen könnten. Die Regelung «Ein Kind, eine Zulage» wäre so einfach, unbürokratisch. Deshalb bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten. Nachher können wir die Einzelheiten, wie man das am besten regeln könnte, besprechen. Am Schluss, wenn die Vorlage daliagt, können wir entscheiden: Wollen wir das, oder wollen wir das nicht? Aber ohne Diskussion einfach zu sagen, wir hätten das immer so gemacht und weil es bisher so gut funktioniert habe, solle man es so lassen, das möchte ich nicht.

Deshalb bitte ich Sie namens der Minderheit, auf die Vorlage einzutreten.

Maury Pasquier Liliane (S, GE): D'abord j'aimerais rassurer Monsieur Frick: la sagesse populaire le dit, il n'y a que les imbéciles qui ne changent pas d'avis et, donc, nous sommes tout à fait à même de revoir notre position, même si la loi est relativement récente, dans la mesure où un besoin se ferait sentir. Et à mon sens, ce besoin se fait sentir.

En prévoyant de verser des allocations familiales pour les enfants de travailleuses et de travailleurs indépendants, le projet qui nous est soumis aujourd'hui met fin à de multiples inégalités, des inégalités que la population peine à comprendre, et pour cause: elles sont incompréhensibles et injustifiables d'un point de vue démocratique! Comment, en effet, justifier les inégalités actuelles entre les enfants de Suisse? Comment comprendre que les 75 000 enfants d'indépendantes et d'indépendants n'aient pas tous droit à une allocation, contrairement à leurs camarades dont les parents sont salariés? Il n'y a pas différentes catégories d'enfants: un enfant est un enfant et tous doivent être également reconnus par la société, pouvoir s'appuyer sur un même socle et grandir dans de bonnes conditions. Comment accepter que des familles soient discriminées en fonction de la nature du travail de papa ou de maman? Comment comprendre que le directeur de banque salarié touche une allocation pour ses enfants alors qu'un modeste coiffeur indépendant en est privé? A mon sens, ce n'est pas ainsi que notre pays doit en-

courager et récompenser la libre entreprise. Quand on sait que la majorité des personnes de condition indépendante déclarent un revenu annuel de 50 000 à 80 000 francs, soit un revenu moyen inférieur à celui des personnes salariées, on ne peut que constater que les allocations familiales sont souvent bienvenues pour boucler les fins de mois.

Les inégalités se déclinent aussi entre les cantons. Treize cantons accordent des allocations familiales aux personnes indépendantes, ce qui, soit dit en passant, démontre qu'il y a un besoin, les autres ne prévoyant pour l'heure rien de tel. Mais dans les treize cantons concernés, les modèles sont disparates: huit ont opté pour une intégration unifiée et obligatoire des personnes indépendantes dans le système existant, quand les cinq autres ont prévu une adhésion volontaire. A l'heure de la mobilité professionnelle, cette variabilité du droit aux allocations familiales forme un obstacle.

L'inégalité, c'est encore celle qui frappe les employeurs indépendants qui sont tenus de financer les allocations familiales de leurs employés, sans y avoir droit pour leurs propres enfants. Mais l'inégalité existe aussi entre les personnes indépendantes d'un même canton. Certains enfants d'indépendants reçoivent déjà aujourd'hui des allocations, par exemple si le parent indépendant exerce en parallèle une activité salariée ou si l'un des parents est agriculteur ou salarié. Ce dernier cas peut d'ailleurs donner lieu à des abus, puisqu'il suffit qu'un indépendant salarié son épouse pour quelques heures par semaine pour toucher une allocation.

Dans ce sens, l'intégration des personnes de condition indépendante dans la loi sur les allocations familiales permettrait d'enrayer ces abus, d'accroître la transparence du système. En outre, la participation des indépendants au financement des allocations par le biais de cotisations prélevées sur leur revenu renforcerait la solidarité entre personnes indépendantes bien loties ou moins bien loties, avec enfants ou sans enfant.

C'est sans doute pour toutes ces raisons que le Conseil fédéral a réitéré son soutien à une réglementation fédérale relative aux allocations familiales pour les personnes indépendantes. Or, au-delà des autres atouts de ce projet, qui laisse les cantons libres de plafonner le revenu maximal assurable et qui corrige une lacune de la législation actuelle en intégrant les salariés au-dessous du revenu minimum dans la catégorie des ayants droit sans activité lucrative, au-delà de ces atouts, disais-je, le but principal de ce projet, comme son titre l'indique, est bel et bien de concrétiser jusqu'au bout le principe «un enfant, une allocation», car les enfants, tous les enfants ont besoin de grandir dans des conditions de sécurité matérielle et affective adéquates. Et les familles, toutes les familles ont besoin de moyens suffisants pour pouvoir élever dans de bonnes conditions ces enfants qu'elles doivent avoir la liberté de choisir, sans y renoncer pour des questions financières.

Bien sûr, si vous adoptez la proposition de la minorité Egerszegi, le projet sera examiné en détail par la commission. Mais pour cela, afin de corriger les inégalités engendrées par la loi, et quitte à moduler ce principe auquel pourtant je suis attachée de «un enfant, une allocation», il faut entrer en matière. Il faut tenter d'améliorer la situation en intégrant peu ou prou les personnes de condition indépendante dans la loi, ce qui nous permettrait de poursuivre dans la bonne direction, celle d'un pays qui, sans aucune discrimination, reconnaît pleinement ses enfants.

Jenny This (V, GL): Ich möchte Sie bitten, auf diese Vorlage nicht einzutreten und demzufolge der Mehrheit zu folgen.

Herr Frick hat darauf hingewiesen: Im März 2006 haben wir das Bundesgesetz über die Familienzulagen verabschiedet; am 1. Januar 2009 ist es in Kraft gesetzt worden. Bewusst und mit Nachdruck haben wir damals darauf hingewiesen und entschieden, dass wir die Selbstständigerwerbenden ausdrücklich nicht mit einbeziehen wollen. Nun will man heute diesen Entscheid, den wir vor knapp vier Jahren gefällt haben, schon wieder umstossen, obwohl keine neuen Erkenntnisse und Grundlagen vorliegen; es ist in diesen vier

Jahren nichts passiert, was uns zum Umdenken bewegen müsste.

Selbstständigerwerbende zwangsweise der Familienzulage zu unterstellen ist in der heutigen Zeit nun wirklich nicht nötig. Die finanzielle Situation unserer Sozialpolitik ist wirklich dramatisch, und nun wollen wir ohne Not, wirklich ohne Not neue Ausgaben beschliessen. Das macht auch vor dem Hintergrund keinen Sinn, dass auch die Betroffenen diese Versicherung mehrheitlich nicht wollen. Darum macht es keinen Sinn, diese administrativen Umtriebe und Mehrkosten auf sich zu nehmen. Frau Egerszegi-Obrist, es ist eben eine Tatsache, dass die Betroffenen selbst das nicht wollen. Da wollen wir ihnen doch nichts aufzwingen. Es geht auch nicht an, dass wir uns ohne Zwang in die Autonomie der Kantone einmischen. Diejenigen Kantone, die das wollen, sollen es machen; da haben wir nichts dagegen.

Wenn schon, müssten wir auch die Finanzierung durch Arbeitgeberseite und Arbeitnehmerseite paritätisch regeln. Wir Unternehmer – das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen – sind keine Milchkühe, die man laufend melken kann. Selbst die Milchkühe haben ab und zu eine Pause verdient, was man uns Unternehmern offensichtlich nicht gönnt. *(Heiterkeit)*

Noch etwas zu den Arbeitslosen, die den Weg in die Selbstständigkeit gewagt haben. Ja, zu dieser Selbstständigkeit, Frau Egerszegi, müssen Sie wissen: Die machen das, weil sie vom Staat ein Startkapital von 50 000 bis 60 000 Franken erhalten. Doch in 98 Prozent der Fälle führt das ins Verderben. Denn die meisten, die arbeitslos geworden sind und keine neue Stelle finden, haben auch als Selbstständigerwerbende wirklich schlechte Chancen und sind damit in aller Regel sehr schlecht, sehr schlecht beraten.

Natürlich haben sich junge Familien durchzubeissen, das weiss auch ich. Doch dieses Problem können wir nicht lösen, indem wir den Sozialstaat aufblähen. Wir müssen bessere Rahmenbedingungen schaffen. Auch wir schon, das ist bekannt, mussten uns im Alter zwischen 20 und 30 Jahren anstrengen. Danach wird das besser. Wir können das Problem nicht lösen, indem wir mehr Geld sprechen. Wenn mehr Geld da ist, so nimmt man es auch; auch ich nähme das, das ist keine Frage. Ich kenne niemanden, der das Geld nicht nehmen würde, das ihm vom Staat gegeben wird. Das ist aber nicht der richtige Weg.

Darum möchte ich Sie bitten, auf diese Initiative gar nicht erst einzutreten.

Hêche Claude (S, JU): A quoi aspirent les indépendants en matière de politique familiale sinon légitimement à la même reconnaissance de leur contribution à l'entretien et à l'éducation d'un enfant que celle que reçoivent les salariés? Répondre à cette aspiration légitime exige aujourd'hui qu'on supprime la distinction qui prévaut entre les enfants qui bénéficient des allocations familiales et les enfants d'indépendants qui n'en touchent pas. Il faut insister sur le fait qu'un enfant est un enfant, que ses parents soient salariés ou indépendants. Si l'Etat apporte son soutien aux familles, il se doit de le faire, peu importe le statut ou la situation professionnelle de la famille.

A l'inverse d'un des arguments exposé par le rapporteur de la commission, c'est justement par le fait que treize cantons tiennent déjà compte dans leur législation des indépendants que la prise de conscience existe bien. Ainsi la clause du besoin n'est plus à démontrer.

Par ailleurs, on peut s'interroger sur la pratique actuelle possible selon laquelle un indépendant, pour obtenir une allocation complète, engage son épouse pour quelques heures par semaine, cela sans payer les cotisations de financement sur un salaire complet. Faut-il que l'égalité de traitement soit assurée par une telle pratique? Il y a vraiment là un besoin d'harmonisation au niveau fédéral, harmonisation par ailleurs souhaitée sur le principe général par les citoyennes et citoyens lors de la votation sur la loi sur les allocations familiales en 2006.

Parmi les nombreux défis que doit relever notre société, il y a notamment celui de donner un véritable soutien aux familles, terme régulièrement utilisé par l'ensemble des sensi-

bilités politiques en campagne électorale. Soutien aux familles par une meilleure prise en compte des enfants – j'insiste: de tous les enfants – et par la reconnaissance de l'ensemble des acteurs du monde du travail sur le principe fondamental «un enfant égale une allocation».

Par conséquent, je vous invite à entrer en matière.

Imoberdorf René (CEg, VS): Das neue Familienzulagengesetz trat letztes Jahr in Kraft. In diesem Gesetz gibt es keinen Anspruch auf Familienzulagen für alle Kinder. Die Kinder der Selbstständigerwerbenden, je nach Lesart etwa 50 000 bis 100 000, bleiben ausgeklammert.

Ich bin mir natürlich bewusst, dass es ordnungspolitisch problematisch ist, ein Gesetz kurz nach Inkrafttreten wieder abzuändern. Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass man zumindest auf die Vorlage eintreten sollte. Für viele selbstständigerwerbende Eltern sind die Familienzulagen ein wichtiger Beitrag zum Familienbudget; das belegen die Daten des Bundesamtes für Statistik klar, wonach das mittlere Einkommen der Selbstständigerwerbenden tiefer ist als dasjenige der Arbeitnehmenden. Weiter ist in der heutigen Zeit ein mehrmaliger Wechsel des Erwerbsstatus längst Normalität. Darum ist es nur schwer nachvollziehbar, dass Arbeitnehmende, die sich selbstständig machen wollen, mit dem Entzug der Familienzulagen bestraft werden sollen. Meiner Meinung nach müssen auch die Selbstständigerwerbenden in die Solidarität zwischen Erwerbstätigen mit Kindern und Erwerbstätigen ohne Kinder einbezogen werden. Dies verlangt übrigens auch das Gebot der Gleichbehandlung unter den Selbstständigerwerbenden. Bekanntlich erhalten ja die Bauern als Selbstständigerwerbende Familienzulagen für ihre Kinder. Es ist schwierig zu argumentieren, warum dies für die übrigen Selbstständigerwerbenden nicht der Fall sein sollte.

Zum Schluss noch dies: Der Bundesrat hat sich schon 2005 bei der Beratung des Familienzulagengesetzes im Parlament für den Einbezug der Selbstständigerwerbenden ausgesprochen.

Ich möchte Sie bitten, auf diese Vorlage einzutreten.

Lombardi Filippo (CEg, TI): Anche da parte mia un sostegno alla posizione della minoranza della commissione su questo oggetto, con un elemento che ricavo dalla mia esperienza. Il collega Imoberdorf ha citato delle statistiche che dimostrano come il reddito degli indipendenti sia spesso inferiore a quello della media dei dipendenti. Io aggiungerei dei casi che conosco, dove la scelta dell'indipendenza è una scelta coraggiosa, ma forzata e obbligata per evitare di cadere in disoccupazione o per uscire dalla disoccupazione.

Ich übersetze das, weil es für Sie dazugehört: Herr Kollege Imoberdorf hat richtigerweise Statistiken zitiert. Aus persönlicher Erfahrung kenne ich Fälle, in denen der Status der Selbstständigkeit als Alternative zur Arbeitslosigkeit gewählt wurde. Das ist keine freie Wahl, aber es gibt mutige Leute, die versuchen, sich selbstständig zu organisieren, um nicht arbeitslos zu werden bzw. um von der Arbeitslosigkeit wegzukommen. Diese Leute verdienen natürlich die Solidarität noch mehr als die Beschäftigten in Firmen und Organisationen aller Art. Da müssen wir, glaube ich, die Solidarität vorsehen.

Es ist angesichts der bekannten Mobilität unserer Bevölkerung auch wichtig, dass wir versuchen, in diesem Bereich schweizweit eine gewisse Einheitlichkeit zu schaffen. Es kann nicht sein, dass gewisse Kantone das vorsehen und andere Kantone nicht. Wir wissen, dass die Leute oft gezwungen sind, von einem Kanton in den anderen zu ziehen. Ich plädiere also für die Fassung der Minderheit und bitte Sie, deren Antrag zu unterstützen.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG): Ich wollte eigentlich Kollege Jenny nur beruhigen. Diese Vorlage würde ihn als solidarischen Selbstständigerwerbenden keinen Rappen zusätzlich kosten. Der Kanton Glarus hat das nämlich kürzlich eingeführt, und zwar in der Überzeugung, dass es viel einfa-

cher zu handhaben, gerechter und praktikabler ist. Ich sage das nur, um ihn zu beruhigen!

Frick Bruno (CEg, SZ), für die Kommission: Die Diskussion hat gezeigt, dass die Mehrheit, die nicht eintreten will, und die Minderheit, die eintreten will, völlig unterschiedlich argumentieren.

Die Minderheit argumentiert damit, dass es zweckmässig sei, alle zu unterstellen, dass in jedem Kanton die Selbstständigerwerbenden der Familienausschleisskasse unterstehen müssten.

Die Mehrheit argumentiert in erster Linie aus demokratischen Überlegungen heraus. Das Gesetz ist erst ein Jahr in Kraft. Die Frage, ob Selbstständigerwerbende einbezogen werden sollen, war in der Beratung der zentrale Punkt. Die gefundene Lösung war ein Kompromiss, der das Gesetz überhaupt erst ermöglicht hatte. Die Volksabstimmung brachte gegen 60 Prozent Zustimmung. Am Montag haben wir darüber diskutiert, dass es demokratisch nicht tragbar ist, eben in Kraft getretene Gesetze sofort wieder zu ändern. Das ist die Hauptüberlegung, weshalb nach der Mehrheit auf die Vorlage nicht eingetreten werden soll. Die Mehrheit macht aber auch geltend, dass den Argumenten der Minderheit im Gesetz ja zum grossen Teil Rechnung getragen wird. Jeder Kanton kann selber beschliessen, ob er Selbstständigerwerbende einbeziehen will, ob mit dem ganzen Einkommen oder bis zu einer Limite. Aus diesen Gründen ist es nach Auffassung der Mehrheit aus demokratierechtlichen, staatspolitischen Überlegungen nicht tragbar, ohne jede Erfahrung und ohne neue Erkenntnisse das Gesetz unmittelbar nach Inkrafttreten in einem entscheidenden Punkt wieder zu ändern.

Es ist dies eine Praxis des Ständerates, und Sie entscheiden heute, ob sie weitergeführt wird oder ob sie gekippt wird. Wir waren der Ansicht, wir dürften diese bewährte Praxis nicht umstossen und dürften das Gesetz nicht wenige Monate nach Inkrafttreten in einem entscheidenden Punkt wieder ändern. Ich bitte Sie, bei der bewährten Praxis unseres Rates zu bleiben. Es geht auch um das Vertrauen gegenüber der Öffentlichkeit. Wenn wir bei Gesetzen kurz nach der Volksabstimmung den tragfähigen Kompromiss herausbrechen, sägen wir an unserer eigenen Glaubwürdigkeit. Das wollen wir vermeiden.

Burkhalter Didier, conseiller fédéral: Au fond, aujourd'hui il ne s'agit que de savoir si vous entrerez, ou non, en matière sur ce projet. Donc, la seule question qui se pose est de savoir si l'on est d'accord avec le principe «un enfant, une allocation». Il est vrai qu'il y a eu un certain nombre d'étapes, mais, du point de vue du Conseil fédéral, cette question a été tranchée depuis assez longtemps. Il a pris position positivement sur le principe «un enfant, une allocation» au printemps 2005 déjà.

J'ajouterai peut-être juste quelques arguments que nous retenons en particulier pour vous inciter à entrer en matière aujourd'hui sur ce projet. Parmi les artisans et les petits commerçants, nombreux sont ceux qui ne disposent que d'un revenu limité. C'est particulièrement le cas des jeunes parents, comme cela a été dit à plusieurs reprises.

Certes, comme l'a dit Monsieur Jenny, il est clair que c'est le travail qui est important et pas forcément les allocations familiales. Mais, malgré tout, il arrive fréquemment, et c'est en particulier ce qui vient d'être dit par Monsieur Lombardi que j'ai même compris quand il parlait en italien – en tant que ministre chargé de la question des langues nationales, il faut que je fasse des efforts! –, que des parents, après avoir perdu leur place de travail en tant que salariés, se voient contraints à se lancer dans une activité indépendante, ou même souhaitent le faire. Cela se fait souvent dans des secteurs où les rémunérations sont faibles, les mandats précaires, l'avenir pas du tout évident. Actuellement, ce qui peut être considéré comme un peu choquant, c'est que ces parents se voient à ce moment-là purement et simplement privés des allocations familiales.

L'assujettissement de tous les indépendants – c'est une autre raison – renforce la solidarité entre eux, d'une part entre les indépendants qui ont des enfants et ceux qui n'en ont pas et, d'autre part, entre les indépendants ayant un haut revenu et ceux ayant un faible revenu. Là, il faut préciser qu'il existe toujours une marge de manoeuvre pour les cantons, qui peuvent limiter cette solidarité en introduisant un plafonnement du revenu sur lequel les cotisations sont prélevées. Ils peuvent ainsi limiter à 126 000 francs le revenu annuel soumis à cotisation.

Depuis 2008, tous les indépendants dans l'agriculture – et c'est un autre argument – ont également droit aux allocations familiales, la limite de revenu existant précédemment ayant été supprimée. Il est au fond question ici de faire profiter les indépendants en dehors de l'agriculture de telles prestations.

Les allocations familiales constituent aujourd'hui déjà une branche des assurances sociales et non plus une prestation facultative des employeurs. Les organes d'exécution des allocations familiales en faveur des indépendants sont les mêmes caisses d'allocations familiales que celles qui existent déjà. Il n'y aurait donc pas de nouvelles structures administratives.

Aujourd'hui déjà, des allocations familiales sont versées pour de nombreux enfants d'indépendants, et d'ailleurs aussi dans les cantons qui ne connaissent pas encore formellement les allocations pour indépendants. Des allocations peuvent en effet être perçues par l'autre parent s'il est occupé comme salarié, ou alors directement par l'indépendant lui-même s'il exerce par ailleurs une activité salariée. Cela signifie concrètement que les allocations en faveur des indépendants sont prises en charge par les employeurs, alors que les indépendants eux-mêmes ne contribuent pas au financement.

Le modèle du Conseil national correspond en fait à la solution qui a été choisie dans huit cantons, je crois, à ce jour. Il a donc fait ses preuves, on peut le dire. Il n'est pas vraiment satisfaisant qu'un indépendant soit exclu du droit aux allocations simplement parce qu'il se trouve dans le mauvais canton, même en respectant les principes de souveraineté cantonale.

C'est pourquoi nous pensons que vous devriez entrer en matière et examiner ce projet sérieusement au sein de la commission.

Abstimmung – Vote

Für Eintreten ... 21 Stimmen

Dagegen ... 21 Stimmen

*Mit Stichtentscheid der Präsidentin
wird Eintreten abgelehnt*

*Avec la voix prépondérante de la présidente
l'entrée en matière est rejetée*

08.477

Parlamentarische Initiative Wehrli Reto. Übertragung der Hörgeräteversorgung ins KVG

**Initiative parlementaire
Wehrli Reto.**

**Remise des appareils acoustiques.
Transfert dans la LAMal**

Vorprüfung – Examen préalable

Einreichungsdatum 03.10.08

Date de dépôt 03.10.08

Bericht SGK-NR 14.01.09

Rapport CSSS-CN 14.01.09

Nationalrat/Conseil national 30.04.09 (Vorprüfung – Examen préalable)

Bericht SGK-SR 18.01.10

Rapport CSSS-CE 18.01.10

Ständerat/Conseil des Etats 03.03.10 (Vorprüfung – Examen préalable)

Präsidentin (Forster-Vannini Erika, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt einstimmig, der Initiative keine Folge zu geben.

Kuprecht Alex (V, SZ), für die Kommission: Mit Datum vom 3. Oktober 2008 reichte Nationalrat Reto Wehrli eine parlamentarische Initiative ein mit dem Ziel, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um die Hörgeräteversorgung von der Invalidenversicherung in die Krankenversicherung zu übertragen. Er begründete seinen Vorstoss damit, dass eine Untersuchung der Eidgenössischen Finanzkontrolle gezeigt habe, dass bei der Hilfsmittel- und insbesondere bei der Hörgeräteversorgung Sparanreize fehlen würden. Die nachgefragte Menge nehme massiv zu und werde auch in Zukunft einen Anstieg der Kosten verursachen. Gerade das KVG kenne jedoch Sparanreize im Bereich der Hilfsmittel, zudem gelte im KVG das Wirtschaftlichkeitsprinzip. Auch in den umliegenden Ländern sei die Krankenversicherung für die Hörgeräteversorgung zuständig. Eine Übertragung erleichtere ausserdem die Vergleichbarkeit der Preise und eine geringe Hilfsmittel der AHV seien bereits ins KVG übertragen worden. Zum Vergleich wurde auch die Entschädigung für Brillen aufgeführt; diese Kosten werden ja bekanntlich ebenfalls über das KVG teilweise vergütet.

Gegenüber der heutigen Situation in der AHV, die nur eine einjährige Versorgung bezahle, bringe eine Übernahme durch das KVG sogar eine Besserstellung der Betroffenen, weil das KVG nur einen Selbstbehalt von 10 Prozent vorsehe, währenddem in der AHV ein Selbstbehalt von 25 Prozent zur Anwendung komme. Gleichzeitig könne so auch dem Problem von Fehlanreizen durch den Besitzstand der IV-Versorgten beim Übertritt in die AHV entgegengewirkt werden und das BSV würde von einer aufwendigen Aufgabe entlastet.

Die geforderte Massnahme soll im Rahmen der 6. IV-Revision geprüft werden.

Unsere Schwesterkommission hat sich am 14. Januar 2009 mit 12 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschlossen, der parlamentarischen Initiative Wehrli keine Folge zu geben. Eine Minderheit beantragte dem Rat jedoch, dieser Initiative sei Folge zu geben.

Die Kommission unseres Rates hat sich an ihrer Sitzung vom 18. Januar 2010 mit der parlamentarischen Initiative befasst und ist einstimmig zum Schluss gekommen, der Initiative sei keine Folge zu geben. Sie teilt die Meinung der SGK-NR, dass die Preise für Hörgeräte grundsätzlich zu hoch sind und gesenkt werden sollen, dass aber die vorgeschlagene Verlagerung von der AHV/IV hinüber zur Krankenversicherung kein tauglicher Weg zur Lösung des Problems ist.